

**Redebeitrag zur Veranstaltung „Wacht ojf, 's brent!“ des BgR Aschaffenburg-Miltenberg  
anlässlich des Gedenktags der Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2026**

**Zur Rechtsentwicklung in Deutschland**

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ lautet das zentrale Vermächtnis der Überlebenden der KZs und NS-Gefängnisse, die vor mittlerweile über 80 Jahren befreit wurden. Ein Satz der uns heute am Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus nicht nur Erinnerung und Mahnung sein soll. Er muss auch weiterhin als Aufforderung zum Kampf gegen diese Geiseln der Menschheit verstanden werden, die zwei Seiten derselben Medaille bilden und ihren Ursprung in der kapitalistischen Weltordnung und der daraus erwachsenden Staatenkonkurrenz haben.

Doch wie steht es um diesen Kampf? Betrachtet man die aktuelle Weltlage und die Situation in Deutschland so muss man konstatieren: es sieht alles andere als gut aus.

Vielleicht ist es nicht „5 vor 1933“ und einer Neuauflage des Hitler-Faschismus, wie auf mancher Anti-AfD-Demo zu hören ist. Denn „Geschichte wiederholt sich nicht“, wie ein Mark Twain zugeschriebenes Zitat besagt, aber so heißt es weiter, „sie reimt sich.“

Und genau deshalb sind die aktuelle Rechtsentwicklung und die sich zunehmend durchsetzenden faschistoiden und autoritären Ideen und Bestrebungen dennoch überaus besorgniserregend, auch wenn sie in neuem Gewand daherkommen.

Genauso verhält es sich mit der wachsenden Kriegsgefahr, die nicht erst seit der sog. Zeitenwende aktiv befeuert wird.

Deutschland macht sich wieder kriegstüchtig, denn Konflikte zwischen Nationalstaaten um globale Machtverhältnisse und Ressourcen werden kriegerisch gelöst.<sup>i</sup>

Neben unzähligen Milliarden für Kriegsmaterial braucht es dazu auch eine Bevölkerung mit dem richtigen Mindset. Dieses schafft man mit der ständigen Wiederholung der immer selben Feindbilder und der Verbreitung des Narrativs der eigenen moralischen Überlegenheit.

Die militärische, binäre und rassistisch kodierte Freund-Feind-Logik lässt keine Zwischentöne mehr zu. Im Gegenüber und im Außen liegt nur Bedrohung, das absolut Andere und Böse.

„Die rassistische Entmenschlichung des Gegners war immer Grundvoraussetzung dafür, Kriege oder sogar Völkermorde durchführen und legitimieren zu können.“<sup>ii</sup>

Die Frage von Krieg und Frieden ist aber keine rein außenpolitische, sondern immer auch eine Klassenfrage. Zitat Norbert Zirnsak: „In Kriegszeiten haben Lohnabhängige alles zu verlieren – ihre Rechte, ihre Würde, ihr Leben. Die Geschichte zeigt: Wenn Regierungen aufrüsten, [...] zahlen in der Regel die Beschäftigten den Preis – mit harter Arbeit, niedrigen Löhnen, [...] und nicht selten mit dem Leben ihrer Kinder auf den Schlachtfeldern.“<sup>iii</sup>

Diese Opfer für die Nation werden uns von politischen Akteuren (weit über die Regierungsbank hinaus) und den Leitmedien als alternativlos und durch äußere oder innere Feinde aufgezwungen dargestellt.

Anhaltende Diffamierung und Hetze gegen „Feindstaaten“ allen voran Russland, aber auch gegen Migrant\*innen, Asylsuchende, Bürgergeldempfangende, arme Menschen im Land soll vor allem eines: Ablenken von der immer weiteren Verschärfung des Klassenkampfs von oben.

Das Militärische dringt dabei immer weiter in alle Bereiche unseres zivilen Lebens vor. Medizinische Einrichtungen und Gesundheitsinfrastruktur sollen künftig unter dem Vorbehalt militärischer Nutzbarkeit finanziert werden. Bildung und Forschung werden ungeschützt dem Zugriff des Militärs ausgeliefert. Schüler\*innen werden in ihren Klassen auf die Notwendigkeit der Landesverteidigung und auf das „nationale Wir“ eingeschworen.

Deutsche Militärtradition wird gerade rehabilitiert. Die Deutschen sollen wieder stolz auf ihr Land und ihre Geschichte sein. Denjenigen, die nicht dazu gehören sollen, verlangt man zumindest (eine gewisse) Ehrfurcht ab.

Ein kapitalistisch erfolgreicher Staat wie die Bundesrepublik ist ohne die Übergänge in eine gewaltsame Absicherung seiner Akkumulationsbedingungen nicht zu haben.

Dabei lassen sich die Herrschenden allerhand einfallen, um die Ineinssetzung der Bürger\*innen mit dem Staat und seinen Interessen zu erreichen. Doch von deren Zustimmung und Freiwilligkeit macht dieser sich letztlich gar nicht abhängig. Das zeigt sich gerade sowohl in der drohenden Wiedereinführung der

Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste als auch in der Austeritätspolitik, die sich klar gegen die Interessen der Bevölkerung richten.

Damit die Maschinerie im Inneren funktioniert, muss an der sozialstaatslosen Heimatfront Ruhe und Ordnung herrschen.

Der Diskurs wird autoritärer. Von Individuen wird »Kriegstüchtigkeit« und Gehorsam verlangt, jeglicher Widerspruch als »naiv« diffamiert, Veranstaltungen werden abgesagt, Demos und Sprechchöre als unpatriotisch, Putin-freundlich oder antisemitisch gebrandmarkt und verboten. „Abweichende Positionen, und seien sie noch so konstruktiv, werden aussortiert und sanktioniert. Übrigens ohne jeden Einspruch der freien Presse.“<sup>iv</sup>

Besonders migrantisierte Personen werden dabei zum »Testfeld« autoritärer Praktiken.

Das Entziehen von Mitteln für kritische, soziale und progressive Projekte oder die jüngsten Fälle von Debanking durch deutsche Bankinstitute sind weitere Kennzeichen eines zusehends autoritär(er)en Zusammenwirkens staatlicher und nichtstaatlicher Akteure.

Während dessen emanzipatorische Forderungen in der politischen Debatte immer weniger Gehör finden. Im Gegenteil: Reaktionäre Kräfte stärken die traditionelle Kleinfamilie, zelebrieren soldatische Männlichkeit, fordern die Wiederherstellung klassischer Geschlechterrollen, stellen feministische Errungenschaften infrage und greifen die individuelle sexuelle Selbstbestimmung an.

Die aktuelle Tendenz zum Autoritären zeigt sich nicht zuletzt im massiven Ausbau des Repressions- und Gewaltapparates des Staates.

Wir erleben eine beispiellose Militarisierung der Polizei. Deren Einsätze gerade gegen Migrant\*innen, Antifaschist\*innen, Kriegsgegner\*innen und progressiven Menschen oft durch übertriebene Härte auffallen und deren offensichtliche Rechtsbrüche kaum juristisch geahndet werden.

Die Ausweitung ihrer Befugnisse und die verstärkte Kooperation mit den Geheimdiensten stellt einen Verstoß gegen das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten dar.

Die intensiviertere zivil-militärische Zusammenarbeit wird deutlich, wenn bei einem Manöver in Hamburg die Niederschlagung eines Aufstands von Hafenarbeiter\*innen geprobt wird, während sich zeitgleich die Arbeitsagenturen auf die Sicherstellung der Arbeitskraft im Kriegsfall einrichten.

So oder so ähnlich wird der Krieg auch anderswo vorbereitet. So oder so ähnlich wird auch anderswo für Ordnung und Disziplin an der Heimatfront gesorgt.

Katja Maurer formuliert es folgendermaßen:

*Das höchst erfolgreiche russische Kriegsregime, das die Opposition brutal zum Schweigen gebracht hat und die Gesellschaft und Ökonomie entlang der Notwendigkeiten des Krieges zu formieren versteht, stößt auf empörte Ablehnung des Westens, um dort unmerklich reproduziert zu werden.*<sup>v</sup>

Die Fasisierung geht, wie Raul Zelik richtigerweise schreibt, nicht nur von rechten Kräften aus, sondern findet in der liberalen Ordnung ihren Nährboden.<sup>vi</sup> und unter dem Schlagwort „wehrhafte Demokratie“ bereits jetzt ihren praktischen Niederschlag. Demokratie und ihre Fasisierung in nationalen Krisensituationen gehören zusammen.

In der Etablierung eines Kriegsregimes lässt sich dabei ein neuer Modus der Herrschaft und der nationalen und globalen Krisenbearbeitung erkennen. Auf die Dauerkrise des Kapitalismus reagiert die bürgerliche Herrschaft zunehmend autoritär und auf das Recht des Stärkeren zentriert. Der Übergang zwischen dem militarisierten Neoliberalismus und verschiedenen faschistischen Strömungen scheint dabei fließend. Kapitalismus und Krieg gehören zusammen. Und wenn es auf Krieg zugeht, ist das nicht zu haben ohne die Zurichtung der gesamten Gesellschaft.

Millionenfacher, industrieller Massenmord und Genozid wiederum sind nur denkbar unter den Rahmenbedingungen des Krieges.

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ heißt es bei Horkheimer und Renate Dillmann ergänzt: „Und wer den Frieden des kapitalistischen Deutschlands nicht kritisieren will, der soll [auch] von seinem Militarismus lieber schweigen.“<sup>vii</sup>

Wir müssen diese Kämpfe also immer zusammen denken und in unsere Praxis integrieren. Wir müssen uns der aktuellen Fasisierung widersetzen sowie dem aufkommenden Kriegsregime verweigern, wenn wir dem Vermächtnis der Verfolgten der Naziherrschaft treu bleiben wollen. Unser Antifaschismus muss ein antimilitaristischer sein und unser Antimilitarismus ein antifaschistischer!

- i Vgl. Ihr kriegt uns nicht! - Ein Debattenbeitrag der iL Frankfurt zu Kriegsregime und Autoritarismus, abgerufen unter: <https://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/neues-kriegsregime>
- ii ebd.
- iii Norbert Zirnsak (2025): Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Gewerkschaftliche Friedensarbeit im Geist von Georg Benz, in Ulrike Eifler (Hrsg.): Gewerkschaften in der Zeitenwende, S.123
- iv Renate Dillmann: Wehrpflicht? Warum Deutschland kriegstüchtig werden soll, Vortrag unter: <https://www.youtube.com/watch?v=zG1MpMeCaoU>, 21.12.2025
- v Katja Maurer: Gekommen, um zu bleiben. Kriege, Kriegsregime und das Ende der geopolitischen Überschaubarkeit, in Analyse und Kritik (717), 19.08.2025
- vi Vgl. Raul Zelik: Treiber des Faschismus, in Analyse und Kritik (716), 17.06.2025
- vii Renate Dillmann: Wehrpflicht? Warum Deutschland kriegstüchtig werden soll